

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 69 (1977)

Heft: 2

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Das «Profil» – ein sozialdemokratisches Diskussionsorgan

Sowohl die Stärke als auch die Schwäche der von Richard Lienhard geleiteten sozialdemokratischen Monatsschrift «Profil» (Zürich) liegt im breiten Spektrum ihrer politischen Stellungnahmen. Das Profil ist somit ein echtes Spiegelbild der heutigen Sozialdemokratie. Doch gerade wegen dieser Vielfalt eckt es immer wieder bei Links und Rechts an. Obwohl Lienhard seine eigene Gesinnung nie vertuschte, hat er bei seiner Aufgabe als Redaktor stets grösste Toleranz geübt. Die von einem (pseudo?) linken Flügel der SP unternommenen Angriffe gegen seine Redaktionstätigkeit sind zum Teil recht kurzfristig. Bei dem gesamtschweizerischen Bild der SP muss die Linke damit rechnen, dass sie bei einem Ausscheiden Lienhards überhaupt nicht mehr oder sicher wesentlich weniger zum Zuge kommen würde. Sollte andererseits der von gewissen linken Kritikern angestrebte Zustand eintreten, so würde sich das Profil zu einem Sektenblättchen heruntermausern und seiner reduzierten Leserschaft immer wieder Glaubensbekenntnisse vermitteln, die diese lediglich in ihrer Überzeugung bestätigen. Selbstverständlich ist es falsch, den Zustand des heutigen «Profil» zu idealisieren. Es wäre aber auch wesentlich konstruktiver, anstelle von persönlichen Diffamierungen Lienhards konkrete Vorschläge – allerdings bei Kenntnis der materiellen Möglichkeiten – zur Verbesserung des «Profils» auszuarbeiten, die sicher von Lienhard auch zur Diskussion gestellt würden.

In der ersten Nummer des neuen Jahres nimmt Lienhard im Sinne seiner toleranten Redaktionsführung in einem Beitrag zur Abgrenzung «Links – aber sozialdemokratisch» Stellung. Es handelt sich dabei um eine Zusammenfassung der Theoriediskussionen (besser der Meinungsdiskussion) in den Heften des vergangenen Jahres. Es ist eine informative Zusammenfassung eines sozialdemokratischen Zentrists. Solche Resumés

tragen, bedingt durch ihre Kürze, immer die Gefahr der Vereinfachung in sich. Im vorliegenden Fall kommt Lienhard vom gestellten Thema her richtigerweise auf das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus zu sprechen. Doch gibt es ein generelles internationales sozialdemokratisches oder ein internationales kommunistisches Programm? (Die kürzliche KP-Konferenz in Berlin hat die Kluft innerhalb des kommunistischen Lagers noch deutlicher gemacht und war erst noch nicht international). Bei den Kommunisten war ein einheitliches, globales Denken und Handeln nur bis zu dem Schisma mit Jugoslawien vorhanden. Heute aber weisen die verschiedenen kommunistischen Landesparteien sehr starke Unterschiede auf. Mindestens gleich gross, wenn nicht noch grösser, sind die ideologischen Unterschiede zwischen den sozialdemokratischen Parteien. Dies hat zur Folge, dass man gewisse Aussagen Lienhards nur bedingt akzeptieren kann. Lienhards Beitrag schliesst mit einem Aufruf für eine repressionsfreie Diskussion innerhalb der SP. Er schreibt: «Geschlossenheit und Einmütigkeit einer Partei sind nur dann Ausdruck ihrer politischen Kraft, wenn sie aus offenem Dialog erwachsen sind.»

In den Rahmen dieses Dialogs gehört auch der im «Profil» abgedruckte Beitrag des ehemaligen Präsidenten der SP der Stadt Zürich und heutigen zürcherischen Staatsanwaltes Marcel Bertschi, zum Thema «Strafvollzug – Utopie und Realität». Er setzt sich dabei mit einer früher im «Profil» erschienenen Stellungnahme einer Arbeitsgruppe zum Strafvollzug auseinander. Von den gut gemeinten Reformvorschlägen lässt die spitze Feder Bertschis nicht mehr viel übrig, und es ist nur zu hoffen, dass dieser «Verriss» eher diskussionsfördernd als ganz ernst gemeint ist, so beispielsweise wenn Bertschi schreibt, dass es nicht mehr möglich sei, einen über 25 Jahre alten Kriminellen, der schon mehrere Freiheitsstrafen verbüsst hat, zu bessern. Fazit aus dem Beitrag Bertschis:

Verwirklichen wir im Moment die auch von Bertschi verlangten sehr bescheidenen Reformen, und nach deren Realisierung versuchen wir diejenigen Postulate der Arbeitsgruppe in Angriff zu nehmen, die Bertschi heute als unrealistisch wertet.

Volksfrontpolitik: historisch und aktuell

Das viermal jährlich in West-Berlin erscheinende «Kursbuch» (Rotbuch-Verlag), Nummer 46, ist mit «Volksfront für Europa» überschrieben. In dem ersten und vielleicht grundsätzlichen Beitrag des Heftes beschäftigen sich Harald Wieser und Rainer Traub mit der Entstehung, Geschichte und Theorie der Volksfront. Geboren wurde die Volksfront am 14. Juli in Frankreich auf Grund einer gewaltigen Demonstration in Paris. Die Theorie der Volksfront 1935 wurde auf dem Kominternkongress in Moskau ratifiziert. (Leser die mehr zu diesem Thema wissen möchten, sei an dieser Stelle Heft 2/1976 der «*International review of social history*», Amsterdam, empfohlen, wo sich die Wandlungen und die Russifizierung innerhalb der Komintern in der Zeit zwischen 1919 und 1943 anhand der dort publizierten Namen der führenden Kader ablesen lässt.) Es war dies eine taktische Rechtswendung innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung. Der Beitrag von Wieser und Traub erinnert nochmals daran, wie es zu dieser Kehrtwendung in der Komintern kam und welche Auswirkungen dieselbe in Frankreich und Spanien hatte. Anschliessend an diesen grundsätzlichen Beitrag wendet sich die Zeitschrift der aktuellen Problematik dieser politischen Strategie zu. Ekkehard Krippendorff befasst sich mit dem histo-

rischen Kompromiss in Italien; Régis Debray stellt in einem Gespräch fest, dass in Frankreich nicht die gleichen Voraussetzungen wie in Chile bestehen. Werner Herzog erläutert die gegenwärtige Situation in Spanien, Christine Gerhards, Malte Rauch und Samuel Schirmbeck machen Anmerkungen zur «sozialistischen Verfassung und sozialen Realität» im heutigen Portugal; Ursula Schmiederer stellt in bezug auf Skandinavien die Frage: «Volksfront auf der Regierungsbank?», und Ulrich Albrecht stellt die Gretchenfrage «Was sagt die NATO?». Der kommunistische Machtbereich ist mit einem Beitrag des Regimekritikers Robert Havemann vertreten. Obwohl er die Meinung vertritt, dass die DDR der bessere Teil Deutschlands ist, glaubt er, dass die kommunistischen Staaten im Moment der schwerste Klotz am Bein einer Volksfront oder weiter gefasst einer sozialistischen Revolution sind. Er macht in seinem Beitrag acht interessante «Vorschläge zur Demokratisierung des realen Sozialismus in der DDR». Der erste Punkt seiner Forderungen bezweckt einen schrittweisen Abbau der Mauer durch eine allmähliche Senkung der Altersgrenzen für Westreisende. Er möchte zunächst allen über 50jährigen DDR-Bürgern Besuchsreisen nach dem Westen erlauben. Im zweiten Punkt fordert er die Schaffung eines Reisedevisenfonds für DDR-Bürger, der aus den Geldern des Zwangsumtausches von DDR-Besuchern aus dem Westen gespiesen werden soll. Im dritten Punkt fordert er die Generalamnestie für alle politischen Gefangenen. Weitere Forderungen betreffen die Wiedereinführung des Streikrechtes, die Zulassung unabhängiger Zeitungen und einer wirklich unabhängigen Oppositionspartei.